

CONSEIL D'ÉTAT, SECTION DU CONTENTIEUX ADMINISTRATIF

LE PRÉSIDENT F.F. DE LA CHAMBRE Vbis

A R R E T

n° 236.799 du 15 décembre 2016

A. 216.698/Vbis-171

En cause : Leo **STRAET**,
assisté et représenté par
Me Lidia Riggi, avocat,
ayant son cabinet
Aachener Strasse 67
4700 Eupen,
où il est fait élection de domicile

contre :

la Communauté germanophone,
représentée par son Gouvernement,
assistée et représentée par
Me Julia Mess, avocat,
ayant son cabinet
chemin de Stocquoy 1
1300 Wavre,
où il est fait élection de domicile

I. Objet du recours

1. Le recours, introduit le 13 août 2015, a pour objet l'annulation de la décision du Gouvernement de la Communauté germanophone du 27 mars 2015, notifiée le 15 juin 2015, par laquelle la vice-ministre-présidente de la Communauté germanophone, M^{me} Weykmans, a confirmé le procès-verbal du 12 mars 2015 constatant que l'installation photovoltaïque a été placée sans permis de patrimoine sur le toit de l'immeuble sis Schlossstraße 60A à Lontzen, cadastré division I, section C, n° 126s².

II. Déroulement de la procédure

2. La partie adverse a déposé un mémoire en réponse et la partie requérante a déposé un mémoire en réplique.

M. Roger Wimmer, premier auditeur, a rédigé un rapport conformément à l'article 93, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Régent du 23 août 1948 déterminant la procédure devant la section du contentieux administratif du Conseil d'État.

Les parties ont été convoquées à l'audience, qui s'est tenue le 15 septembre 2016.

M. Jeroen Van Nieuwenhove, conseiller d'État, a fait rapport.

Me Michel Fischbach, avocat, *loco* Me Lidia Riggi, avocat, qui comparaît pour la partie requérante, et Me Guido Zians, avocat, *loco* Me Julia Mess, avocat, qui comparaît pour la partie adverse, ont été entendus.

M. Roger Wimmer, premier auditeur, a donné un avis conforme au présent arrêt.

Les dispositions relatives à l'emploi des langues, énoncées au titre VI, chapitre II, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, ont été appliquées.

III. Faits

3.1. Le 16 juillet 2014, le Ministère de la Communauté germanophone rédige le rapport suivant :

" Objekt: Haus Schlossstraße 60A in 4710 Lontzen
Schutzwirkung: Teil der geschützten Landschaft «Gebäulichkeiten des Schlosses Lontzen mit Park» laut Unterschutzstellungserlass vom 9. Dezember 1991
Eigentümer: Leo STRAET

Sachlage

Anbringung einer Photovoltaikanlage ohne Denkmalgenehmigung.

Auf dem Dach des Hauses des Ehepaares STRAET-LANGER wurde im Januar 2013 von Norbert Kreusch und Rita Querinjean, Mitarbeiter des zuständigen Dienstes des Ministeriums, eine Photovoltaikanlage entdeckt. Nach Überprüfung der Akten wurde festgestellt, dass die Anlage ohne Denkmalgenehmigung angebracht wurde. Eine Genehmigung wäre aber notwendig gewesen, da es sich um ein geschütztes Gut handelt.

Am 17. Oktober 2013 fand ein Treffen mit den Mitarbeitern des Ministeriums und Kabinetts und den Eheleuten STRAET-LANGER statt. Die Eheleute STRAET-LANGER baten um diesen Termin, da sie von der Gemeinde Lontzen darauf hingewiesen wurden, dass sie für die Anbringung der Photovoltaikanlage eine Denkmalgenehmigung benötigen. Die Eheleute STRAET-LANGER baten die Mitarbeiter des Ministeriums und des Kabinetts um Aufklärung und zusätzliche Informationen.

Die Eheleute STRAET-LANGER erklärten, dass die Gemeinde Lontzen sie im Vorfeld nicht auf diese Genehmigungspflicht hingewiesen hatten.

Die Mitarbeiter des Ministeriums und des Kabinetts informierten die Eheleute, dass ihr Gebäude Teil der geschützten Landschaft sei und dementsprechend eine Denkmalgenehmigung notwendig gewesen wäre. Sie informierten ebenfalls, dass eine Photovoltaikanlage auf dem Dach eines geschützten Guts nicht denkmalgerecht sei und forderten die Eheleute auf über einen anderen Standort der Anlage nachzudenken.

Die Eheleute STRAET-LANGER äußerten sich verwundert darüber, dass ihr Gebäude ebenfalls geschützt sei. Über diese Unterschutzstellung wurden sie nicht beim Kauf der Immobilie durch ihren Notar informiert.

Zwischenzeitlich konnten die Eheleute herausfinden, dass der Erlass zur Unterschutzstellung nicht im Hypothekenamt eingetragen wurde. Sie zweifeln aus diesem Grund die Gültigkeit der Unterschutzstellung an, baten um eine Überprüfung und schalteten die Anwaltskanzlei Lidia Riggi ein.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft führte zur Klärung der Sachlage Recherchen durch und bat um Beistand durch eine externe Anwaltskanzlei HSP. Julia Mess, Juristin, wurde mit der Klärung und Einschätzung der Sachlage betraut.

Am 11. Juli 2014 konnte eine Mitarbeiterin des zuständigen Dienstes feststellen, dass die Photovoltaikanlage sich weiterhin auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60A befindet. Zum Nachweis wurden fotografische Aufnahmen der bestehenden Situation gemacht.

[...]

Empfehlung

Aus Sicht der Denkmalpflege ist eine Photovoltaikanlage nicht denkmalgerecht und führt zu einer negativen Beeinträchtigung des Denkmals. Die Anlage stellt ein Fremdkörper (technische Anlage) für das historische Dach und für die noch geschlossene Dachlandschaft des Innenhofes des Schlosses Lontzen dar. Würde eine solche Anlage auf einem Dach erlaubt, muss man mit anderen Anträgen dieser Art rechnen und demzufolge auch genehmigen. Die Dachlandschaft würde sich demnach wesentlich verändern.

Der Denkmalschutz möchte Photovoltaik- oder Solaranlagen nicht generell ablehnen. Es gilt das denkmalpflegerische Ziel, gemeinsam mit den Eigentümern nach denkmalverträglichen Lösungen zu suchen, beispielsweise die Anbringung der Anlage im hinteren Bereich des Parks, ...

Die Eheleute STRAET-LANGER sollen aufgefordert werden innerhalb einer Frist von 90 Kalendertagen die Photovoltaikanlage vom Dach des geschützten Gebäudes zu entfernen und einen neuen Standort mittels einer Denkmalgenehmigung vorschlagen".

3.2. Le 26 août 2014, la partie adverse prend la décision suivante :

" DIE VIZE-MINISTERPRÄSIDENTIN, MINISTERIN FÜR KULTUR, BESCHÄFTIGUNG UND TOURISMUS,

Aufgrund des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, der Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen, Artikel 13 § 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 2008 zur Ausführung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, der Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1991 zur Unterschutzstellung als Landschaft der Gesamtheit der Gebäulichkeiten des Schlosses Lontzen mitsamt dem Park, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Juli 2013;

In Erwägung des Feststellungsberichts anlässlich einer Vorortskontrolle des Denkmalschutzdienstes des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. Juli 2014;

In Erwägung folgender Erkenntnisse:

1. Anlässlich einer Vorortkontrolle vom 11. Juli 2014 wurde durch den Denkmalschutzdienst des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgestellt, dass sich auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a in Lontzen eine Photovoltaikanlage befindet;
2. Die Gesamtheit der Gebäulichkeiten des Schlosses Lontzen mitsamt des Parks stehen seit dem 9. Dezember 1991 als Landschaft unter Denkmalschutz. Dies schließt auch das Haus des Ehepaars Straet-Langer Schlossstraße 60a, katastriert Gemeinde Lontzen, Gem. I, Flur C, Nummer 126s², ein;
3. Die Unterschutzstellung erfolgte durch einen Ministeriellen Erlass vom 9. Dezember 1991 aufgrund des Gesetzes vom 7. August 1931 über die Erhaltung der Denkmäler und Landschaften. Dieser Ministerielle Erlass wurde am 20. Mai 1992 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht;
4. Auf Grundlage von Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets müssen natürliche oder juristische Personen, die bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes am vorläufig oder endgültig geschützten Gut durchführen wollen, vorher das Einverständnis der Regierung in Form einer Denkmalgenehmigung einholen. Dies gilt auch, wenn die Unterschutzstellung vor Inkrafttreten des Denkmalschutzdekrets von 2008 entschieden wurde. Es wurde aber kein Antrag auf Denkmalgenehmigung eingereicht und damit auch keine Denkmalgenehmigung erteilt. Die Photovoltaikanlage verstößt damit gegen das Denkmalschutzdekret, sodass die Regierung gemäß Artikel 13 § 4 überprüfen muss, inwiefern eine teilweise oder vollständige Versetzung in den vorherigen Zustand oder eine Korrektur der vorgenommenen Veränderung angebracht ist;
5. Photovoltaikanlagen werden auf Denkmälern generell nicht von der Regierung genehmigt;
6. Das Ziel des Denkmalschutzes ist, das Erscheinungsbild und die historische Bausubstanz eines denkmalgeschützten Gebäudes weitgehend ungestört zu überliefern. Dies bedeutet vor allem die Bewahrung und behutsame Weiterentwicklung historischer Gebäude und Orte. Veränderungen an geschützten Denkmälern müssen sich somit gut integrieren, damit der Zeugniswert und die Aussagekraft des Denkmals nicht beeinträchtigt werden. Aus Sicht der Denkmalpflege ist eine Photovoltaikanlage an dieser Stelle nicht denkmalgerecht und führt zu einer negativen Beeinträchtigung des Denkmals. Die technische Anlage stellt ein Fremdkörper für das historische Dach und für die noch geschlossene Dachlandschaft des Innenhofes des Schlosses Lontzen dar. Zudem ist die Photovoltaikanlage vom Innenhof des Schlosses her gut sichtbar und fällt dem Betrachter sofort ins Auge. Würde eine solche Anlage auf einem Dach erlaubt, muss man mit anderen Anträgen dieser Art rechnen und demzufolge auch genehmigen. Die Dachlandschaft

würde sich bedeutend verändern und den Denkmalwert der Gesamtheit der Gebäulichkeiten des Schlosses Lontzen wesentlich mindern. Im vorliegenden Fall bestätigt sich demnach, dass die Anbringung einer Photovoltaikanlage mit den Eigenschaften des geschützten Gebäudes nicht vereinbar ist, sodass nur eine Entfernung der Photovoltaikanlage zur vollständigen Versetzung in den vorherigen Zustand in Frage kommt;

7. Das Ehepaar Straet-Langer kann sich nicht auf die fehlende Eintragung des Ministeriellen Erlasses zur Unterschutzstellung beim Hypothekenamt berufen, da Herr Straet schon vor 1999 Gemeinschaftseigentümer dieser Immobilie war, er bereits in dieser Eigenschaft von dem Ministeriellen Erlass zur Unterschutzstellung Kenntnis erhalten konnte und die Gemeinde den Notar sehr wohl beim Kauf der Immobilie auf die Unterschutzstellung der Immobilie hingewiesen hat;

8. Für die Entfernung der Photovoltaikanlage ist eine Frist von 90 Kalendertagen als angemessen zu betrachten.

Beschließt:

Artikel. 1 - Innerhalb einer Frist von 90 Kalendertagen ab Übermittlung der vorliegenden Aufforderung ist die Photovoltaikanlage, die auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a, katastriert Gemeinde Lontzen, Gem. I, Flur C, Nummer 126s² ohne Denkmalgenehmigung angebracht worden ist, vollständig zu entfernen und das Dach vollständig in den vorherigen Zustand zu versetzen.

Art. 2 - Kommt das Ehepaar Straet-Langer der Aufforderung nicht nach, wird die Akte zur Ermittlung und Feststellung des Verstoßes gemäß den Artikeln 43 und 44 des Denkmalschutzdekrets an einen Gerichtspolizeioffizier weitergeleitet.

Art. 3 - Die vorliegende Aufforderung wird dem Ehepaar Straet-Langer per Einschreiben übermittelt".

3.3. Le 27 octobre 2014, le requérant demande l'annulation de cette décision du 26 août 2014 devant le Conseil d'État.

3.4. Le 12 mars 2015, la directrice du département de la culture et de la jeunesse du Ministère de la Communauté germanophone établit le procès-verbal de constatation d'infraction suivant :

" Eines Verstoßes gegen das Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen

Im Jahre zweitausendfünfzehn, am 12. Tag des Monats März, um 11.00 Uhr, Haus Schlossstraße 60a in 4710 Lontzen.

Ich Unterzeichnete, Sabine Herzet, Leiterin des Fachbereichs Kultur und Jugend des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

durch Erlass der Regierung vom 8. Januar 2009 bezeichneter Kontrolleur und durch das Gericht erster Instanz am 4. Juni 2009 vereidigter Gerichtspolizeioffizier, um in Anwendung von Artikel 44 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen die für die Anwendung des Denkmalschutzdekrets notwendigen Kontrollen durchzuführen und Verstöße festzustellen:

erkläre, folgenden Verstoß gegen Artikel 13 § 1 des Denkmalschutzdekrets festgestellt zu haben:

Anbringen einer Photovoltaikanlage auf einem endgültig geschützten Gebäude ohne Denkmalgenehmigung.

Zuwiderhandelnde:

Ehepaar Straet-Langer
Schlossstraße 60a
4710 Lontzen

Zur Sache:

[...]".

3.5. Le 17 mars 2015, la partie adverse prend la décision suivante :

" DIE VIZE-MINISTERPRÄSIDENTIN, MINISTERIN FÜR KULTUR, BESCHÄFTIGUNG UND TOURISMUS,

Aufgrund des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, der Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen, Artikel 46;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 2008 zur Ausführung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, der Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. Juni 2014 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1991 zur Unterschutzstellung als Landschaft der Gesamtheit der Gebäulichkeiten des Schlosses Lontzen mitsamt dem Park, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Juli 2013;

In Erwägung des Feststellungsprotokolls vom 12. März 2015 zur Feststellung eines Verstoßes gegen Artikel 13 § 1 des Denkmalschutzdekrets;

In Erwägung folgender Erkenntnisse:

1. Anlässlich einer Vorortkontrolle vom 11. Juli 2014 wurde durch den Denkmalschutzdienst des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgestellt, dass sich auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a in Lontzen eine Photovoltaikanlage befindet;

2. Die Gesamtheit der Gebäulichkeiten des Schlosses Lontzen mitsamt des Parks stehen seit dem 9. Dezember 1991 als Landschaft unter Denkmalschutz. Dies schließt auch das Haus des Ehepaars Straet-Langer Schlossstraße 60a, katastriert Gemeinde Lontzen, Gem. I, Flur C, Nummer 126s², ein;

3. Die Unterschutzstellung erfolgte durch einen Ministeriellen Erlass vom 9. Dezember 1991 aufgrund des Gesetzes vom 7. August 1931 über die Erhaltung der Denkmäler und Landschaften. Dieser Ministerielle Erlass wurde am 20. Mai 1992 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht;

4. Auf Grundlage von Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets müssen natürliche oder juristische Personen, die bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes am vorläufig oder endgültig geschützten Gut durchführen wollen, vorher das Einverständnis der Regierung in Form einer Denkmalgenehmigung einholen. Dies gilt auch, wenn die Unterschutzstellung vor Inkrafttreten des Denkmalschutzdekrets von 2008 entschieden wurde. Es wurde aber kein Antrag auf Denkmalgenehmigung eingereicht und damit auch keine Denkmalgenehmigung erteilt. Die Photovoltaikanlage verstößt damit gegen das Denkmalschutzdekret, sodass die Regierung gemäß Artikel 13 § 4 überprüfen muss, inwiefern eine teilweise oder vollständige Versetzung in den vorherigen Zustand oder eine Korrektur der vorgenommenen Veränderung angebracht ist;

5. Die für Denkmalschutz zuständige Ministerin, Frau Isabelle Weykmans, hat auf Grundlage von Artikel 13 § 4 des Denkmalschutzdekrets am 26. August 2014 folgenden Beschluss gefasst: «Innerhalb einer Frist von 90 Kalendertagen ab Übermittlung der vorliegenden Aufforderung ist die Photovoltaikanlage, die auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a, katastriert Gemeinde Lontzen, Gem. I, Flur C, Nummer 126s² ohne Denkmalgenehmigung

angebracht worden ist, vollständig zu entfernen und das Dach vollständig in den vorherigen Zustand zu versetzen»;

6. Dem Ehepaar Straet-Langer ist am 28. August 2014 dieser Beschluss per Einschreiben zugestellt worden. Die 90-tägige Frist endete am 26. November 2014;

7. Am 9. Dezember 2014 haben zwei Mitarbeiter des Denkmalschutzdienstes des Ministeriums der DG, Herr André Schmatz und Frau Sabine Herzet, die von der Regierung der DG als Denkmalschutzkontrolleurin mit der Eigenschaft als Gerichtspolizeioffizier bezeichnet worden ist, eine Vorortkontrolle vorgenommen, bei der festgestellt worden ist, dass das Ehepaar Straet-Langer die Photovoltaikanlage entgegen des Beschlusses vom 26. August 2014 nicht innerhalb der vorgegebenen Frist entfernt hat, sondern sich auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a 4710 Lontzen weiterhin eine Photovoltaikanlage befindet;

8. Diese Protokollierung wurde jedoch nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, da der Denkmalschutzdienst unmittelbar nach der Protokollierung erfuhr, dass durch Antrag vom 27. Oktober 2014 Herr Leo Straet, vertreten durch die Rechtsanwältin Frau Lidia Riggi, die Nichtigerklärung der Entscheidung der Regierung der DG vom 26. August 2014 beim Staatsrat eingereicht hatte. Der Antrag wurde der Regierung der DG am 28. November 2014 zugestellt;

9. Die Regierung der DG, vertreten durch die Rechtsanwältin Frau Julia Mess, reichte am 20. Januar 2015 einen Erwidierungsschriftsatz zur o.e. Nichtigerklärung beim Staatsrat ein;

10. Die Protokollierung wurde zurückgestellt, um Familie Straet-Langer die Möglichkeit zu geben, die Sachlage nochmals zu überdenken. Dieser letzte Konzertierungsversuch ist zwischen den beiden bezeichneten Rechtsanwältinnen erfolgt. Es wurde der Gegenpartei zunächst eine Frist bis zum 31. Januar 2015 zur Reaktion gewährt. Rechtsanwältin Frau Lidia Riggi bat um einen Aufschub bis Mitte Februar 2015;

11. Bis Ende Februar 2015 hat sich Rechtsanwältin Riggi in der Angelegenheit nicht gemeldet, so dass die Frist als verstrichen gilt und am 12. März 2015 zwei Mitarbeiter des Denkmalschutzdienstes des Ministeriums der DG, Frau Tatjana Cormann und Frau Sabine Herzet, die von der Regierung als Gerichtspolizeioffizier bezeichnet worden ist, eine Vorortkontrolle durchgeführt haben, bei der erneut festgestellt worden ist, dass das Ehepaar Straet-Langer die Photovoltaikanlage entgegen des Beschlusses vom 26. August 2014 nicht innerhalb der vorgegebenen Frist entfernt hat, sondern sich auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a 4710 Lontzen weiterhin eine Photovoltaikanlage befindet;

12. Auf Grundlage dieser Faktenlage hat Frau Sabine Herzet in ihrer Eigenschaft als Gerichtspolizeioffizierin zur Feststellung von Verstößen gegen das Denkmalschutzdekret ein entsprechendes Feststellungsprotokoll erstellt;

13. In Anbetracht der Faktenlage empfiehlt es sich der Feststellung des Gerichtspolizeioffiziers zu folgen und das Feststellungsprotokoll vom 12. März 2015 innerhalb der Frist von fünf Tagen gemäß Artikel 46 des Denkmalschutzdekrets zu bestätigen;

Beschließt:

Artikel. 1 - Das Feststellungsprotokoll vom 12. März 2015, in dem folgender Verstoß gegen Artikel 13 § 1 des Denkmalschutzdekrets festgestellt wird, wird bestätigt: Anbringung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Hauses Schlossstraße 60a, katastriert Gemeinde Lontzen, Gem. I, Flur C, Nummer 126s² ohne Denkmalgenehmigung.

Art. 2 - Der vorliegende Beschluss sowie das Feststellungsprotokoll wird dem Ehepaar Straet-Langer per Einschreiben mit Empfangsbestätigung zugestellt".

Il s'agit de la décision attaquée.

3.6. Le 15 juin 2015, la directrice du département de la culture et de la jeunesse du Ministère de la Communauté germanophone communique au requérant ce qui suit :

" Anbringen einer Photovoltaikanlage ohne Denkmalgenehmigung an einem geschützten Gebäude

Sehr geehrte Eheleute Straet-Langer,

gemäß Artikel 46 Absatz 3 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen sende ich Ihnen im Anhang das Feststellungsprotokoll vom 12. März 2015 und den Bestätigungsbeschluss der zuständigen Ministerin, Frau Isabelle Weykmans, vom 17. März 2015 zu. Diese Unterlagen sind heute auch der Staatsanwaltschaft Eupen per Einschreiben zugestellt worden.

Sie können in Anwendung der koordinierten Gesetze über den Staatsrat innerhalb von 60 Tagen nach vorliegender Bekanntgabe eine Klage auf Nichtigkeitklärung gegen die anliegende Entscheidung beim Staatsrat einreichen, wegen Verletzung von wesentlichen oder von unter Androhung der Nichtigkeit vorgeschriebenen Formen oder wegen Überschreiten der

Amtsbefugnisse oder Amtsmissbrauch. Weitere Details entnehmen Sie der Anlage 2".

3.7. Par son arrêt n° 234.446 du 19 avril 2016, le Conseil d'État rejette le recours en annulation formé contre la décision du 26 août 2014 au motif que "l'acte attaqué ne modifie [...] pas, par lui-même, l'ordonnancement juridique de manière certaine; qu'un recours dirigé contre un acte ne produisant pas d'effet juridique est irrecevable".

IV. Compétence du Conseil d'État

Position des parties

4. La partie adverse soutient qu'en réalité, le requérant conteste uniquement la régularité du procès-verbal de constatation d'infraction. Il ressort toutefois de la jurisprudence constante du Conseil d'État que les actes administratifs, par lesquels l'administration prête son concours au pouvoir judiciaire en sanctionnant par exemple les infractions par des procès-verbaux de constatation d'infraction, ne constituent pas des actes administratifs qui relèvent de la compétence du Conseil d'État. Un procès-verbal de constatation d'infraction échappe dès lors à la compétence du Conseil d'État. Le procès-verbal a été notifié au parquet, afin que celui-ci puisse décider de la suite à donner à l'action publique. L'article 46, alinéa 4, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles (ci-après décret "patrimoine") dispose expressément que l'intéressé peut, par la voie du référé, demander la suppression des mesures devant le président du tribunal de première instance. La légalité et la régularité du procès-verbal de constatation d'infraction et de la confirmation de ce dernier par le gouvernement relèvent dès lors de l'appréciation des tribunaux et non du Conseil d'État. Le présent recours doit donc être déclaré irrecevable.

5. Le requérant réplique que même si une décision enjoignant d'enlever l'installation photovoltaïque a été notifiée, cette décision se réfère au décret "patrimoine" et considère que le décret n'a pas été respecté. L'arrêté

ministériel du 9 décembre 1991 qui est censé avoir réalisé le classement n'a pas été promulgué régulièrement. Les mesures et la procédure n'ont pas été appliquées correctement. La partie adverse précise elle-même qu'il existe des conditions à respecter pour que ces arrêtés de classement puissent s'appliquer. Les propriétaires concernés et les titulaires légitimes doivent en avoir été informés et les arrêtés doivent avoir été notifiés. Ces derniers doivent être enregistrés au bureau de conservation des hypothèques et publiés au Moniteur belge. Il est clair que la procédure n'a pas été appliquée correctement et que le requérant n'en a pas été informé, ce qui est également allégué dans les moyens.

Le requérant souligne par ailleurs que la partie adverse se réfère au décret "patrimoine" et plus particulièrement à l'article 46, alinéa 4, dudit décret, qui prévoit qu'un recours peut être formé, par la voie du référé, devant le président du tribunal de première instance, pour demander la suppression des mesures. Ainsi que les moyens l'établissent également, la partie adverse oublie cependant que le décret n'est pas applicable, dès lors que l'arrêté ministériel de classement précité n'a pas été promulgué régulièrement. Dans la mesure où le décret "patrimoine" n'est pas applicable, les dispositions du décret ne le sont pas non plus. On ne peut soutenir que le Tribunal de première instance d'Eupen est détenteur d'une compétence spécifique, dans la mesure où il ne peut être recouru à la compétence prévue dans le décret, puisque ce dernier - comme il a été mentionné et établi à plusieurs reprises - n'est pas applicable. La décision critiquée mentionne elle-même la possibilité d'introduire un recours en annulation devant le Conseil d'État. La légalité et la régularité du procès-verbal de constatation d'infraction peuvent ainsi être contestées devant le Conseil d'État. Cette affaire est particulière en ce que ce n'est pas seulement la légalité et la régularité du procès-verbal de constatation d'infraction qui sont remises en cause mais aussi la légalité et la régularité de l'arrêté ministériel de classement précité, lequel n'a pas été promulgué régulièrement, ce qui est également établi dans les différents moyens. On ne peut donc pas comparer la présente procédure à une procédure où quelqu'un ne se serait pas conformé au décret et où aurait été commise une infraction au décret sur le patrimoine. En l'espèce, il est établi que l'arrêté ministériel de classement précité ne s'applique pas, dès lors que la

procédure n'a pas été appliquée régulièrement, de sorte que le litige est totalement différent.

Appréciation

6. Selon le préambule, la décision attaquée se fonde sur l'article 46 du décret "patrimoine". L'alinéa 4 de cette disposition prévoit que la personne à laquelle sont communiqués un procès-verbal de constat et une décision de confirmation du gouvernement peut demander en référé la suppression des mesures, et que cette demande est portée devant le président du tribunal de première instance.

Lorsque le législateur décretaal déclare ainsi expressément les cours et tribunaux ordinaires compétents pour connaître des litiges portant sur les mesures prises en vertu de l'article 46 du décret "patrimoine", il a exclu la compétence de la section du contentieux administratif du Conseil d'État. Il revient au président du tribunal de première instance de contrôler, à l'occasion des demandes qui lui sont soumises, la légalité interne et externe de ces mesures.

Le fait que, comme le prétend le requérant, l'arrêté ministériel du 9 décembre 1991 serait entaché d'une illégalité ne rend donc pas le Conseil d'État compétent pour connaître du recours formé, en dépit de la disposition claire précitée du décret.

De même, la mention erronée dans la lettre du 15 juin 2015 portant la décision attaquée à la connaissance du requérant, et selon laquelle un recours peut être formé devant le Conseil d'État contre cette décision attaquée, ne peut méconnaître la disposition décrétable précitée et n'a pas pour effet de rendre le Conseil d'État compétent.

V. Dépens et indemnité de procédure

7. Vu qu'il est fait erronément mention dans la lettre du 15 juin 2015 d'une possibilité de recours devant le Conseil d'État, il convient de

mettre les dépens à la charge de la partie adverse. Pour les mêmes raisons, il n'y a pas lieu de faire droit à la demande de la partie adverse, dans son mémoire en réponse, que lui soit accordée une indemnité de procédure.

DÉCISION

1. Le Conseil d'État rejette le recours.

2. Les dépens du recours en annulation, liquidés à la somme de 200 euros, sont mis à la charge de la partie adverse.

Le présent arrêt a été prononcé à Bruxelles, en audience publique du quinze décembre deux mille seize, par le Conseil d'État, chambre Vbis, composée de :

Jeroen Van Nieuwenhove, conseiller d'État, président f.f.

assisté par

Vanessa Wiame, greffier.

Le Greffier

Le Président f.f.

Vanessa Wiame

Jeroen Van Nieuwenhove